№. 30. 1851.

Lausitzer Zeitung

für

Tagesgeschichte und Unterhaltung

nebst

Görlitzer Nachrichten.

Vierteljähriger Abonnements-Preis: für Görlitz 12 sgr. 6 pf., innerhalb des ganzen Preußischen Staats incl. Porto-Aufschlag 15 sgr. 9 pf.

Erscheint wöchentlich dreimal, Dinstag, Donnerstag und Sonnabend. Insertions-Gebühren für den Raum einer Petit-Zeile 6 pf.

Görlitz, Dinstag den 11. März 1851.

Deutschland.

Berlin, 7. März. Die Verhandlungen, welche mit der badischen Regierung wegen Ausgleichung der Preußen zustehenden Geldforderung geführt wurden, sind ihrem Ende nahe. Die Forderung soll durch Terminalzahlungen abgetragen werden.

— Nach einer von der Regierung an die Kammern gegebenen Nachweisung beläuft sich die Gesammtsumme des Etats der Mobilmachung der Armee vom November v. J. auf **11,331,665** Thaler.

Berlin, 8. März. In der zweiten Kammer kam heute vor dichtgefüllten Tribünen der v. Vincke'sche Antrag auf Niedersetzung eines Ausschusses zur Untersuchung der Lage des Landes zur Verhandlung, über den die betreffende Commission durch ihren Berichterstatter v. Bodelschwingh zur Tagesordnung überzugehen empfohlen hatte. Hr. v. Vincke begründete seinen Antrag, indem er ein düsteres Bild von der Lage des Landes und von der inneren und äußeren Politik der jetzigen Regierung, die es in diese Lage gebracht, entwarf, und wir müssen hinzufügen, daß dies Bild auch treffend war.

— Sicherem Vernehmen nach ist die schon länger als bevorstehend angekündigte Ernennung des Herrn Polizeipräsidenten v. Hinckeldey zum Regierungspräsidenten in Liegnitz nunmehr erfolgt. Jedoch wird nach dem ausdrücklichen Willen Sr. Majestät des Königs der gedachte Beamte vorläufig noch auf seinem hiesigen Posten verbleiben, bis die von ihm eingeleiteten Organisationen beendet sind. Das Präsidium der Regierung in Liegnitz wird einstweilen der zum Regierungs-Vicepräsidenten ernannte bisherige Landrath Herr v. Selchow commissarisch übernehmen.

— Der Finanzminister hat der zweiten Kammer ein Gesetz vorgelegt, welches bestimmt ist, die freiwillige Anleihe von 1848 und die Staatsanleihe von 1850 allmälig zu tilgen und die Verwaltung der letztern nachträglich der Hauptverwaltung der Staatsschulden zu übertragen. Zur Tilgung der Anleihe von 1848 soll der Hauptverwaltung der Staatsschulden vom 1. Jannar 1851 ab jährlich Ein Prozent des ursprünglichen Schuldkapitals von 15 Millionen Thaler und außerdem der Betrag der durch die fortschreitende Tilgung ersparten Zinsen des Gesammtkapitals überwiesen werden. Wegen Tilgung der Anleihe von 18 Millionen Thalern soll es bei den im Erlasse vom 7. Mai 1850 getroffenen Bestimmungen bleiben. Zu dem Tilgungsfonds für die freiwillige Anleihe will der Finanzminister die Renten-Ablösungs-Kapitalien, welche zur Staatskasse baar eingezahlt werden, hinzutreten lassen, die Zinsen des durch Verwendung dieser Ablösungs-Kapitalien getilgten Schuldkapitals jedoch absetzen.

Nach der „N. Pr. Z." hat die preußische Regierung auf die Mittheilung des französischen Protestes gegen den Eintritt Gesammtösterreichs in den Deutschen Bund geantwortet, daß die preußische Regierung den Eintritt Gesammtösterreichs in den Bund für eine innere Angelegenheit des Bundes erachte, und da der Bund unbestritten mündig sei, so liege es ihm auch ob, seine eigenen Angelegenheiten selbst zu ordnen und fremde Einmischung zurückzuweisen.

Berlin, 8. März. Wir finden in der heutigen Nummer der „N. Pr. Ztg." nachstehende Circularnote an die österreichischen Geschäftsträger und Agenten bei den kleineren deutschen Staaten:

Die Dresdener Ministerial-Conferenzen werden zufolge der Verabredung, die in der neulichen Plenarsitzung getroffen wurde, am 8. d. M. zur Schlußverhandlung und Abstimmung über die Anträge Oesterreichs und Preußens wegen unverweilter Einsetzung der von der ersten Conferenz-Commission vorgeschlagenen obersten Bundesbehörde schreiten.

Die Einwendungen, welche schon in der erwähnten Plenarsitzung von mehreren Bevollmächtigten gegen diese Anträge gerichtet wurden, gestatten kaum die Hoffnung auf einen einstimmigen Entschluß der deutschen Regierungen. Da indessen diese Bevollmächtigten zugleich erklären, daß sie für den Augenblick nur ihre persönlichen Ueberzeugungen auszusprechen vermöchten, indem die Ansichten ihrer Regierungen ihnen nur im Allgemeinen bekannt seien, so können ihre Aeußerungen uns nicht abhalten, uns unmittelbar gegen ihre Vollmachtgeber noch einmal über die Wichtigkeit der bevorstehenden Entscheidung auszusprechen.

Wenn in den Verhältnissen Deutschlands für die einzelnen Mitglieder des Bundes überhaupt Beweggründe liegen, dem Wohle des Ganzen Opfer zu bringen, — wie dies von Allen oft verkündigt wurde, und auch unsere innige Ueberzeugung ist, — so dürfte kaum einer unserer Verbündeten die Erkenntniß von sich weisen können, daß der gegenwärtige Stand mehr als jeder frühere die Mahnung enthalte, solche Opfer in der That zu bringen.

Man hat in Dresden, nach mühevollen Unterhandlungen, den Widerstreit der Ansprüche bis zu dem Punkte überwunden, daß in der dringendsten, der vorliegenden Frage der Neugestaltung der vollziehenden Gewalt des Bundes, nicht nur die Stimmen der beiden Bundesmächte, die zugleich als europäische Mächte das Werk der Bundesrevision zu vertreten haben werden, sondern auch die Stimmen der ihnen in den Machtverhältnissen zunächst stehenden Bundesglieder, im Norden wie im Süden Deutschlands, für einen und denselben Vorschlag sich geeinigt haben. Es würde unstreitig in den Augen der Welt eine Erfahrung von sehr ernster Bedeutung sein, wenn unter Umständen, wie sie gegenwärtig in Deutschland und Europa vorwalten, ein solcher Vorschlag durch den Widerspruch anderer Stimmen vereitelt würde, die zusammen kaum mehr als den zehnten Theil der seitherigen Bevölkerung des Bundes darstellen.

Die Zeitverhältnisse sprechen wahrlich so laut zu der Einsicht und Vaterlandsliebe Aller, die Summe dessen, was im entscheidenden Augenblick durch Einigkeit zu gewinnen, durch längere Uneinigkeit zu verlieren ist, tritt allen ungetrübten Blicken so deutlich entgegen, daß wir beinahe gegen die Achtung, die wir unseren Bundesgenossen schulden, zu fehlen besorgen müßten, wollten wir uns zu Vorstellungen berufen glauben.

Was wir aber fordern können und müssen, ist eine freie, unabhängige, nicht in früheren Verwickelungen befangene Prüfung und Entscheidung. Nicht begierig, unfruchtbaren Streit zu erneuern, werden wir uns dann unsererseits gerne enthalten, zu fragen, wie es möglich und erklärlich sei, daß manche Regierungen, die unlängst unserer Einladung, die gesetzliche Grundlage für die Fortbildung des Bundesrechts durch Berufung der Bundesversammlung wieder herzustellen, aus Besorgniß und Scheu vor der Wiederkehr vergangener Zustände und unter übertriebenen Vorwürfen gegen die Bundesverfassung jede Folge versagten, nunmehr für die einfache Rückkehr zu dieser Verfassung eifern, ja diesen Schritt, auf jede Gefahr hin, der Einwilligung in einen Vorschlag vorziehen mögen, der die gesammte Macht der im Bunde vereinten Staaten der Bundesgewalt gegen die inneren und äußeren Gefahren des Vaterlandes zu Gebote stellen würde.

Daß von einer solchen Einigung der gemeinsamen Kräfte in naher Zukunft das Heil, ja der Bestand des Bundes abhängig werden könne, läßt sich nicht läugnen; es läßt sich aber nicht verbürgen, daß alsdann der günstige Augenblick, sie zu Stande zu bringen, noch nicht verloren sein werde.

Die gegenwärtige Lage der europäischen Verhältnisse bringt es mit sich, daß es mehr, als dies früher der Fall war, in der Hand der deutschen Regierungen liegt, die Erneuerung des Vertrages, welchen sie am 18. Juni 1815 abgeschlossen haben, mit den zur Erhöhung der gemeinsamen Kraft und Wohlfahrt erforderlichen Abänderungen allein unter sich zu beschließen. Aber Niemand ist im Stande, zu verhüten, daß nicht bei längerer Fortdauer des Zwiespalts in Deutschlands, neben anderen unvermeidlichen Folgen solcher Verschuldung, eine Sachlage hervorgerufen würde, in welcher zuletzt nur noch die Einmischung des Auslandes den endlichen Ausschlag geben könnte und würde.

Ew. ꝛc. wollen die gegenwärtige Aeußerung als eine vertrauliche betrachten und sie auch nur als eine solche der Regierung, bei welcher Sie beglaubiget sind, ohne allen Verzug zur Kenntniß bringen.

Empfangen Dieselben die Versicherung meiner vollkommenen Hochachtung.

Wien, 2. März 1851.

(gez.) von Schwarzenberg m. p.

— Die Augustinergemeinde in Erfurt hat auf ihre Anfrage bei dem königl. Staatsministerium, ob ihre in das Parlamentsgebäude umgewandelte Kirche nicht wieder zum Gottesdienste hergerichtet werden dürfe, einen Bescheid des Staatsministeriums erhalten, in welchem eröffnet wird, daß noch im Lauf dieses Jahres die Wiederherstellung der Kirche in Angriff genommen werden soll, daß aber die darüber zu führenden Verhandlungen noch nicht beendigt seien.

Dresden, 6. März. Der am 4. März stattgefundene allgemeine Hofball war der letzte und glänzendste dieses Winters. Die Zahl der Anwesenden betrug gegen 800. Die vorbereiteten Aufführungen wurden ausgeführt. Nach der Polonaise erschienen 32 Mädchen, die Blüthe unserer Aristokratie, in einfachen weißen Kleidern, mit Schärpen und Kränzen von den charakteristischen Blumen der vom Könige bereisten Länder (Sachsen: Schneeglöckchen und Raute; Schweiz: Alpenrosen; Dalmatien: rothe Salbei; Schottland: Stechapfel und Aurikel) geschmückt, und führten, Epheukränze in den Händen, nach besonders componirter Musik eine vom Balletmeister Lepitre einstudirte graziöse Allemande auf, die mit einer Aufstellung schloß, bei welcher die Prinzessinnen Anna und Sidonie dem Könige einen Korb mit allen diesen Blumen überreichten und ihn zu seinem Namenstage beglückwünschten. Der König war sehr überrascht und gerührt durch diese sinnige und reizende Verherrlichung seiner botanischen Studien.

München, 6. März. Heute, als am Jahrestage unserer nun bald verschollenen Märzproclamation des Jahres 1848, hält der constitutionell-monarchische Verein für Freiheit und Gesetzmäßigkeit ein Festdiner im Baierischen Hof, an welchem außer den Mitgliedern des Vereins auch dem Vereine nicht angehörige, jedoch demselben gleiche Gesinnungsgenossen theilnehmen können.

Kassel, 7. März. Heute in den ersten Morgenstunden sind die beiden Mitglieder des bleibenden Ausschusses, Obergerichts-Anwalt Schwarzenberg und Obergerichts-Anwalt Henckel, verhaftet worden.

Zweibrücken, 3. März. Heute hat der politische Riesenprozeß gegen die Erhebung der Pfalz in den Monaten Mai und Juni des Jahres 1849 vor dem Assisengericht seinen Anfang genommen.

Hamburg, 7. März. Se. Kaiserl. Hoheit, der Erzherzog Leopold, übernimmt von heute an den Befehl des hier in Hamburg liegenden österreichischen Corps. In den nächsten Tagen werden uns die beiden jetzt hier liegenden Bataillons des Regiments Nugent verlassen, dagegen wird das 3. Bataillon desselben Regiments hier einrücken und einquartiert werden.

Ratzeburg, 7. März. Der Rückmarsch der kaiserlich österreichischen Truppen aus Lübeck hat bereits heute begonnen. Gestern trafen hier die ersten Quartiermacher ein. Heute kommen der Brigadestab und das 1. Bataillon des Regiments Erzherzog Albrecht, morgen der Regimentsstab und das 2. Bataillon desselben Regiments, und übermorgen das 3. Bataillon. Die Truppen bleiben eine Nacht und gehen am andern Morgen nach Schwarzenbeck weiter. In einigen Tagen folgen die Kaiserjäger und die Batterien. General Martini geht direkt nach Schwarzenbeck.

Oesterreichische Länder.

Wien, 5. März. Der Weser-Zeitung schreibt man aus Wien: Fürst Schwarzenberg soll in übelster Laune über den Gang der Dresdener Conferenzen sein und gegen einen aus Böhmen zurückgekehrten österreichischen General sich geäußert haben: er sehe jetzt ein, daß er Unrecht gehabt, nach Olmütz zu gehen und Preußens Friedensgesuch anzunehmen. Preußen sei kleinlaut und nachgiebig gewesen, so lange Oesterreichs Kriegsmacht schlagfertig an der sächsisch-schlesischen Grenze gestanden. Herr von Manteuffel sei damals demüthig und willfährig auf all die Ansichten des österreichischen Cabinets in Bezug auf die Neugestaltung Deutschlands eingegangen und habe nichts verlangt, als das empfindliche Ehrgefühl Preußens durch das Zugeständniß der Dresdener Verhandlungen zu schonen. Jetzt, da Oesterreich seine Armee von der Nordgrenze zurückgezogen, habe man in Berlin und Potsdam wieder Courage bekommen und suche von dort aus die deutsche Frage durch alle mögliche Intriguen zu verwickeln. Hätte Oesterreich losgeschlagen, die guten Klingen seiner sieggewohnten Soldaten würden den deutsch-gordischen Knoten bereits zerhauen haben, während durch Diplomatenfinger der Knäuel immer unentwirrbarer werde.

Wien. Die „Agr. Ztg." schreibt: Vollkommen verläßliche Berichte von der bosnischen Grenze vom 20. v. M. stehen im vollkommenen Widerspruche mit den in einigen ausländischen, namentlich preußischen Blättern verbreiteten Nachrichten von einer bevorstehenden Intervention österreichischer Truppen zur Unterdrückung des bosnischen Aufstandes. Unsere letzten Nachrichten schildern vielmehr die Rebellion als durch das siegreiche Vordringen der großherrlichen Truppen gebrochen. Auch hat auf österreichischem Gebiete keine Truppenbewegung stattgefunden, welche auch nur im Entferntesten auf eine beabsichtigte militairische Operation schließen ließe. Wir glauben daher jene Nachrichten als vollkommen unbegründet bezeichnen zu können.

Agram, 6. März. Auch die Citadelle von Banjaluka ist von den bosnischen Insurgenten eingenommen worden. Die türkische Besatzung hat freien Abzug erhalten.

Frankreich.

Paris, 6. März. Die Büreaudebatten über das Budget stellen die Finanzlage in kein günstiges Licht. Das Deficit beträgt über 600 Millionen. Die betreffende Commission hat mit 12 gegen 9 Stimmen entschieden, daß die Präfekturräthe nur aus einer von den Generalräthen aufzustellenden Liste gewählt werden sollen. L. Blanc, Schapper, Willich u. A. stellen in einem Schreiben an die Patrie die Ausbringung des Blanquischen Toastes beim Fest der Gleichen in Abrede. — Umlaufende Gerüchte nennen Odilon Barrot als Chef eines bevorstehenden parlamentarischen Ministeriums. Die Ernennung Oudinot's zum Marschall wird erwartet.

Paris, 6. März. Ueber die Spazierfahrt L. Napoleon's am vorgestrigen Fastnachts-Dinstage berichtet der „Messager de l'Assemblée Folgendes: „Gestern verließ der Präsident das Elysee in einem Phaeton, den er selbst führte. Bis an den Boulevard folgte ihm ein Haufe, unter dem man bekannte Gesichter bemerkte und von dem Beifallsrufe ausgingen, welche leider etwas weiter hin entgegengesetzte Kundgebungen hervorriefen. Schon am Eingange des Boulevards hatte die Huldigung übelwollenden und beleidigenden Rufen Platz gemacht und an dem Thore St. Denis mußte der Präsident vor einer Art von Emeute plötzlich umkehren." — Odilon Barrot soll geäußert haben: „Es thut Noth, daß die rechtlichen Leute sich jetzt gegen den rothen Berg und gegen den weißen Berg vereinigen."

— Die Debatten über den Creton'schen Antrag haben das Gute gehabt, die Unfähigkeit jeder der bestehenden Parteien, für sich etwas gegen die herrschende Ordnung der Dinge zu unternehmen, wieder einmal recht deutlich an den Tag zu bringen. Das Bewußtsein dieser Ohnmacht der einzelnen Parteien, durch die Verhandlungen vom vorigen Sonnabend lebhafter als je erweckt, hat einem angesehenen Mitgliede der Rechten das freimüthige Geständniß entrissen: „Wir alle von der Majorität können nichts thun, als das Räderwerk der Staatsmaschine gehörig einschmieren, um zu heftige Reibungen zu vermeiden; der Rest ist Sache der Vorsehung." Die allgemeine Lage läßt sich schwerlich besser ausdrücken, als durch diesen Vergleich.

Paris, 7. März. Im Conferenzsaale der Legislativen war eine sehr aufgeregte Stimmung. Minister Waisse erklärt, daß die Nationalgarden-Wahlen am 25. mit allgemeinem Stimmrecht stattfinden werden. Die Commission will auch bei diesen Wahlen das Gesetz vom 31. Mai angewendet wissen. Eine desfallsige Interpellation ist auf morgen angekündigt. — Der Cas-

sationshof hat die Zuchtpolizeigerichte für Preßvergehen competent erklärt. — Carlier ist nach Paris zurückgekehrt. — Die Budgetcommission ist jetzt vollständig, drei ihrer Mitglieder gehören der Opposition an.

Paris. Der „Ordre" will heute der Mittheilung des „Journal des Débats", daß der Fürst Schwarzenberg die Absicht hege, mit Nächstem die Angelegenheiten Piemonts und der Schweiz zu ordnen, keinen Glauben beimessen. „Denn der Fürst Schwarzenberg," sagt dieses Blatt, „muß wissen, daß der Einmarsch eines einzigen Regiments in Piemont, der Schweiz oder Belgien eine Kriegserklärung gegen Frankreich und folglich eine neue Entfesselung der Revolution wäre.

Großbritannien.

Liverpool, 5. März. 240 deternirt gewesene Ungarn sind aus Konstantinopel hier eingetroffen.

Italien.

Rom, 24. Febr. Wie in früheren Zeiten, giebt alltäglich die große Glocke des capitolinischen Thurmes das Zeichen der Carnevalslust; aber die Lust selbst hat bis jetzt sich nicht einfinden wollen und wird auch in den späteren Tagen schwerlich sich sehr heben, wenngleich bekanntlich die ersten immer schwach sind. Zwar wimmelt der Corso von französischen Uniformen, und haufenweise stehen die Soldaten da, die Offiziere anschauend, die vom Balcon des französischen Kaffeehauses herab nicht immer ganz reglementsmäßige Carnevalsscherze treiben; zwar fehlen auch die Söhne und Töchter Altenglands nicht, sondern schütten als unvermeidliche Carnevalsverderber, wie alljährlich, ihre Säcke voll Gypsconfetti unverdrossen und mit nie gestörter Seelenruhe auf die armen Vorübergehenden herab; aber die Einheimischen fehlen fast gänzlich. Selbst das geringe Volk betheiligt sich wenig, da das Verbot der Gesichtsmaske ihm nur halben Spaß übrig läßt; auf der Mittelklasse aber lastet schwer der materielle, wie der moralische Druck der Zeiten, während das junge Volk, soweit seine Sympathieen der Republik zuneigen, aus Oppositionsgeist den Corso meidet und lieber auf's Land hinauszieht.

Aus Rom meldet man, daß daselbst sich ein Agent Lord Palmerstons befinde und mit dem Cardinal Staatssecretair bereits mehrere Conferenzen gehabt habe. Die neue englische Diöcesen-eintheilung soll der Gegenstand dieser Unterhandlungen sein und man will es versuchen, diese Eintheilung widerrufen zu lassen.

Die Art, wie man in Neapel lateinische, griechische und italienische Classiker auf den Index setzte, konnte auf die Universitäten nicht ohne Einfluß bleiben. Man meldet jetzt, daß von den 40,000 Studenten, die im Lande waren, kaum der vierte Theil übrig sei. Hinsichtlich der letzten Urtheile heißt es, Poerio habe dem Ansinnen eines Gnadengesuches durchaus nicht Folge leisten wollen. Die Begnadigungen von der Todesstrafe sind hauptsächlich dem Erzbischofe von Capua zuzuschreiben.

Schweiz.

Bern, 5. März. Von den durch Beschluß der Bundes-Versammlung 1849 ausgewiesenen militairischen und politischen Führern des baden'schen und rheinpfälzischen Aufstandes befinden sich nur noch zwei in der Schweiz: Babo von Emmendingen und d'Ester von Köln. Dem Ersteren gelang es, unter falschem Namen Aufenthalt zu bekommen; neulich wurde er entdeckt, mußte Caution leisten für allfällige Entweichung und wird ausgewiesen, sobald es seine Gesundheits-Umstände erlauben. Hinsichtlich d'Ester's haben verschiedene Gründe die Vollziehung verzögert. Er läugnet beharrlich seine Theilnahme an den Ereignissen in Baden und Rheinbaiern, was Nachforschungen zur Folge hatte; ferner mußte er in Folge von Requisitionen vernommen werden, und endlich hatten Versuche d'Ester's, im Canton Freiburg die Naturalisation zu erlangen, verschiedene Anstände zur Folge. Inzwischen lebt er als Arzt in Chatel-St.-Denis, mehr als 40 Stunden von der deutschen Grenze entfernt. Was die Gesammtheit der deutschen Flüchtlinge betrifft, so befinden sich nach der eidgenössischen General-Controle noch 482 Flüchtlinge in der Schweiz, nämlich: 195 Badenser, 23 Württemberger, 47 Rheinbaiern, 22 Polen, 73 Preußen, 32 Oesterreicher, 24 Sachsen, 15 Hessen, 2 Mecklenburger, 17 Italiener und 31 Franzosen.

Egypten.

Eine Correspondenz der „Times" aus Alexandrien vom 21. Febr. berichtet, daß der Vicekönig, Abbas-Pascha, und sein Staatsrath in Kahira damit beschäftigt sind, auf die Empfehlung des Sultans eine der türkischen ähnliche Verfassung in Egypten zu octroyiren; doch herrsche noch große Ungewißheit darüber, ob die Bevölkerung „reif sei." Die Lage des Bauernstandes bessert sich zusehends, indem die Landleute jetzt ihre Producte auf eigene Rechnung verkaufen dürfen. Zwar zeigen sie noch wenig Vertrauen, denn kaum vom Markte in ihre Dörfer zurückgekehrt, vergraben sie das gelöste Geld; aber wenn das gegenwärtige System einige Jahre beobachtet wird, dürfte auch dieses Mißtrauen verschwinden. Der Contrast zwischen dem Zustand Egyptens und dem der osmanischen Provinzen ist auffallend. In Egypten kann der Reisende ohne die geringste Sorge für seine persönliche Sicherheit das ganze Land durchstreifen; in der Türkei und Syrien sind Mißverwaltung und Geldunterschleife von Seiten der Behörden an der Tagesordnung, während das Volk im tiefsten Elend schmachtet.

Redigirt unter Verantwortlichkeit der Verlagshandlung.

Druck und Verlag von G. Heinze & Comp.

Lausitzer Nachrichten.

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Görlitz in der öffentlichen Sitzung vom 7. März 1851.

Das Bürgerrecht erhielten: der Kaufmann Westphal, der Bäcker Werner und der Hausbesitzer Hiller. Der Letztgenannte hatte mit dem Antrag auf Ertheilung des Bürgerrechts noch denjenigen verbunden, die dafür zu zahlenden Gebühren schuldig zu bleiben, was im Voraus als unstatthaft bezeichnet wurde.

Die Wittwe Gollmer in Penzig erhielt eine Unterstützung von 4 Thlr. für dieses Jahr.

Ein Gesuch der Wittwe des verstorbenen Botenmeisters Hauswald, ihr in Berücksichtigung ihrer dürftigen Lage und starken Familie die bisher inne gehabte Wohnung oder in Ermangelung die zur Zeit an den Leinweber Kaulfers vermietheten Räume zu überlassen, fand Anerkennung und wurde beschlossen, ihr letztere Wohnung unentgeldlich zuzuweisen.

Der Kleidermacher Hey bat um Gestundung von 200 Thlr. für Bauholz bis Michaelis, welche ihm auch, jedoch nur gegen genügende Sicherheit, gewährt wurde.

Der Stadtgartenbesitzer Schreiber hat nach dem Bau-Statut mit seinem Neubau in die neue Fluchtlinie und zwar zurück zu treten; er beanspruchte für 20 □Ruthen Land nebst einigen Obstbäumen eine Entschädigung von 200 Thlr. und außerdem 50 Thlr. für Verlegung des Kellers. Letztere wurden ihm zugebilligt, die 200 Thlr. aber abgelehnt, da es zur Zeit nicht angemessen erachtet wurde, auf die Regulirung der Salomonsgasse große Opfer zu verwenden. Dagegen stellte Versammlung den Antrag, darauf zu sehen, daß einige Bewohner dieser Straße, welche dem Vernehmen nach ihre Grenzen etwas erweitert hatten, in ihre richtige Grenzen beschränkt würden.

Der Verkauf der beiden Parzellen No. 10. und 11. des ehemals Fehler'schen Gartens zum festgesetzten Preise von 680 Thlr. für beide an den Schuhmachermstr. Deutsch wurde genehmigt.

Der Vorschlag des Magistrats, den Gehalt der Lampenwärter durchschnittlich um 5 Thlr. zu erhöhen, fand keinen Anklang, vielmehr hielt man dafür, daß es nie an Bewerbern zu diesem Posten mangeln werde, berücksichtigend, daß die Nachtwächter dagegen in ihrem Einkommen zurückstehen.

Als Beihilfe zu den Bau-Aufsichtskosten bei Anlegung der Straße über die kahle Meile wurden der Gemeinde Zentendorf 10 Thlr. bewilligt.

Dem vorgelegten Receß über die Ablösung der Laudemial-Rente von Mittel-Girbigsdorf, II. Antheils, wurde beigetreten.

Vom Fürst-Bischof zu Breslau war ein sehr verbindliches Schreiben eingegangen hinsichtlich des Beschlusses, der römisch-katholischen Gemeinde ein Glockengeläute zu ihrer neuen Kirche zu beschaffen; über die Glocken selbst wird noch speciellen Vorlagen entgegengesehen.

Dem Gewerbe-Gericht wurde zu seinen öffentlichen Sitzungen der Saal bewilligt, auch zu den nächsten Assisen, wie gewöhnlich, zur Verfügung gestellt, unter dem Vorbehalt, ihn Freitags den 11. April Nachmittags zur Conferenz zu benutzen, um nicht in Folge der Passionswoche eine Pause von 3 Wochen in die Communal-Geschäfte zu bringen.

Auf den Antrag der Versammlung um Vorlegung der Bürgergarden-Kasse war vom Magistrat die Erwiderung eingegangen, daß die zurückgelieferten Waffen nächstens abgeschätzt werden sollten; es wurde hierauf entgegnet, daß hauptsächlich der Wunsch ausgesprochen worden, nicht nur zu erfahren, welche

Summe noch für Bekleidungs-Gegenstände außenstehe, sondern auch, daß Alles aufgeboten werden möge, die jedenfalls zahlreichen Reste beizutreiben.

Mehrere Etats-Ueberschreitungen, als:

Thlr.	Sgr.	Pf.	
390 Thlr.	— Sgr.	— Pf.	beim Forst-Etat Tit. IV. E.,
1125	8	6	bei demselben Tit. VIII.,
1641	17	7	bei der Armen-Verwaltung,
24	18	2	bei der Waisen-Anstalt,
100	23	9	bei der Polizei-Verwaltung,
87	13	9	bei der Servis-Kasse,

wurden genehmigt, vorbehaltlich der Revision der Rechnungen, desgleichen eine Gratifikation von 30 Thlr. an den Registratur-Assistent Welsch für Aushilfe auf dem Servis-Amt.

Bei dieser Gelegenheit wurde Veranlassung genommen, zu erwähnen, daß die Kleinkinder-Bewahr-Anstalt, mit einem so bedeutenden Kapital dotirt, dennoch Zuschüsse aus der Kämmerei-Kasse erfordere, und der Grund darin gefunden, daß mit wenigen Ausnahmen für sämmtliche Kinder kein Beitrag von ihren Eltern gezahlt wird, was gleichwohl an allen andern Orten der Fall ist. Versammlung glaubte, daß gerade nur ausnahmsweise bei notorisch ganz mittellosen Eltern eine vollständige Befreiung von Beiträgen stattfinden dürfe, und ersuchte den Magistrat, diesen Gegenstand Behufs weiteren Gutachtens in Erwägung zu ziehen.

Görlitz, 7. März. Gestern früh quetschte sich der Kupferschmiedegesell Kummer aus Eisenspalterei bei Neustadt a. W., als er in Geschäften seines Meisters beim Hrn. Baumeister Fischer auf der Jakobsstraße durch die Hausthür passiren wollte, und die im Gewicht gehende schwere Thür hinter sich zuschlagen ließ, ein Glied des Mittelfingers der rechten Hand ab. Der Blutverlust war so stark, daß Kummer in's Krankenhaus geschafft werden mußte. X.

Die Kariolpost zwischen Rothenburg und Penzig hat vom 1. d. M. ab folgenden veränderten Gang erhalten: aus Rothenburg um 6 Uhr Abends, aus Penzig um 7 Uhr früh.

Der zeitherige Cantor zu Bobernig, Alexander Neumann, ist als evangelischer Schullehrer zu Günthersdorf bestätigt, und dem Kreisgerichtsrath Scalley in Meffersdorf die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension Allerhöchst ertheilt worden.

Von dem Königl. Consistorio der Provinz Schlesien ist der bisherige Pastor in Petershain, Kreis Rothenburg, Johannes Moerbe, zum Pastor in Spreewitz, Kreis Hoyerswerda, berufen worden.

Vermischtes.

Nach den beiden neuesten soeben von Newyork eingetroffenen Monatsberichten der deutschen Gesellschaft daselbst landeten im October 1850 in Newyork 5047 Deutsche (October 1849: 4149), davon über Bremen in 9 Schiffen 1594, über Havre in 6 Schiffen 1551, über Hamburg in 5 Schiffen 729, über Antwerpen in 4 Schiffen 312, über Rotterdam in 3 Schiffen 299, über London in 7 Schiffen 278, über Liverpool in 10 Schiffen 251 Personen. Die meisten Klagen der Auswanderer betrafen die Linie über Liverpool. An 461 Arbeitsuchenden wurden durch die Deutsche Gesellschaft Stellen nachgewiesen. Von Handwerkern hatten Bäcker, Schlosser und Schmiede die wenigst günstigen Aussichten. Im November 1850 waren unter 20,237 Einwanderern 3452 Deutsche (November 1849: 3329); über Havre kamen in 6 Schiffen 1674, über Bremen in 6 Schiffen 858, über Antwerpen in 2 Schiffen 302, über Hamburg in 2 Schiffen 290, über Rotterdam in 1 Schiffe 154, über Liverpool in 10 Schiffen 88, über London in 3 Schiffen 81. Für 481 Personen wurden bestimmte Stellen ermittelt, mehr bei Eisenbahnbauten, als bei Landleuten.

Gotha, 24. Febr. Vorgestern Abend beleuchtete der hier wohnende Professor Hassenstein unsern großen Rathhausplatz mit seiner elektrischen Sonne, die er „Prophetensonne“ genannt. Die Wirkung war eine ungeheure, als wenn mit einem Male eine Menge Vollmonde aufgingen. Ein unermeßlicher Jubel der zahllosen Menge begleitete sie.

Nach statistischen Daten umfaßt Ungarn einen Flächenraum von 3962 □Meilen mit 60 Städten, 793 Marktflecken und 11,690 Dörfern. Die Volkszählung im Jahre 1848 ergab eine Einwohnerzahl von 11 Millionen. Nach den neuesten Berichten aber beträgt die dortige Population mit Ausschluß der seit einigen Monaten abgetrennten Woywodschaft, nicht mehr als 8,614,485 Seelen. Nach dem Religionsbekenntnisse zählt man etwa 5,000,000 Katholiken, 600,000 unirte, 1 Million nicht unirte Griechen, 700,000 Protestanten augsburgischer und 1,300,000 helvetischer Confession. Den Geldwerth der erzeugten Naturproducte berechnet man auf beiläufig 250 Millionen. Der Viehstand besteht aus etwa 1 Million Pferden, 4,200,000 Stücken Hornvieh und 17 Millionen Schaafe. Der Werth der Industriellen und gewerblichen Erzeugnisse wird beiläufig zu 60,142,000 Fl. veranschlagt. Der Eisenbahnbau machte bisher in Ungarn nur sehr wenig Fortschritte. — Der Zwischenverkehr Ungarns mit den diesseits der Zolllinie gelegenen Ländern ist von 1849 nicht bekannt, ebenso wie jener von 1848 wegen der kriegerischen Ereignisse. 1847 betrug der Werth der Einfuhr aus Ungarn 53,471,000 Fl., der der Ausfuhr dagegen 57,525,000 Fl., wobei Siebenbürgen mit eingerechnet ist. Ungarn zählt 6 Erz-, 16 Bisthümer, 8 Superintendenturen, 1220 griech. nicht unirte und 1965 protestantische Pfarren; eine Universität, 8 Akademieen, 21 Lyceen, 28 theolog., 17 philosoph. Lehranstalten, 95 Gymnasien und im Ganzen 250 Volksschulen.

Als im Jahre 1796 die Neufranken zu Worms und in der Umgegend nur mit kärglicher und spärlicher Kost fürlieb nehmen mußten, bestand ein Theil ihrer Nahrungsmittel in unreifen Kornähren, die sie zwischen zwei Steinen quetschten und dann mit kleingehackten Kräutern zu einer Art Brei mischten. Die neufränkische Generalität sann auf eine Zerstreuung für die leidenden Soldaten und sendete ihnen — zwei Wagen mit Kegelspielen.

Bekanntmachungen.

[105] **Bekanntmachung.**

Der Färbergesell Karl Johann Christ. Stüdemann aus Plau in Meklenburg-Schwerin hat nach seiner Angabe sein Wanderbuch, am 15. Juli v. J. zu Schwerin ausgestellt und bis Ende März 1852 gültig, auf dem Wege von Tauchritz hierher verloren.

Görlitz, den 8. März 1851.

Der Magistrat. Polizei-Verwaltung.

[106] Nachdem die Königl. Regierung zu Liegnitz vermöge Rescripts vom 24. Februar a. c. die Aufstellung und Offenhaltung der Wählerlisten Behufs der Vollziehung der Wahlen des Gemeinderathes genehmigt hat, so bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß die nach den Wahlabtheilungen, beziehungsweise nach den Wahlbezirken eingetheilten Wählerlisten in den Tagen **vom 16. bis zum 31. März d. J.** im Locale unsers Secretariats auf dem Rathhause in den gewöhnlichen Amtsstunden zur Kenntnißnehmung aller Betheiligten offen ausgelegt sein werden.

Während dieser Zeit kann jeder Einwohner des Gemeindebezirks, welcher den bisherigen Communalbezirk, die Landeskrone und die im Neißthale zerstreut liegenden zu Görlitz gehörenden Neißwiesen umfaßt, gegen die Richtigkeit der Liste bei dem Magistrat Einwendungen erheben, über welche die Stadtverordneten-Versammlung bis zum 16. April c., gemäß §. 18. der Gemeinde-Ordnung vom 11. März pr., zu entscheiden hat.

Sobald diese Entscheidung, event. die weitere Entscheidung der Königlichen Regierung erfolgt ist, werden die Wahlen des Gemeinderaths sofort veranlaßt werden, ohne daß auf spätere Einwendungen gegen die Wählerlisten Rücksicht genommen werden könnte.

Nach den vorliegenden Listen umfaßt:

Die I. Abtheilung 136 Wähler mit einem Einkommen von mehr als 1000 Thlr., so wie aus der mit 1000 Thlr. Einkommen eingeschätzten Klasse Diejenigen, deren Namen mit dem Buchstaben **A** bis **Schme** anfangen.

Die II. Abtheilung mit 367 Wählern begreift die übrigen mit 1000 Thlr. Einkommen eingeschätzten Wähler bis zu denjenigen mit 400 Thlr. Einkommen eingeschätzten, deren Namen mit den Buchstaben **A** bis **Hol** beginnen.

Die III. Abtheilung von 746 Wählern umfaßt alle übrigen Wähler bis einschließlich mit 250 Thlr. Einkommen.

Jede dieser drei Abtheilungen hat künftig 20 Gemeindeverordnete zu wählen, von denen wenigstens die Hälfte aus Grundbesitzern bestehen muß.

Görlitz, den 8. März 1851.

Der Magistrat.

Schnellpressendruck von G. Heinze u. Comp.